

Der Kanzler im Kampf gegen eine liberale Zukunft. Bismarck und Kaiser Friedrich III.

Welche Rolle spielte der preußisch-deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich III. im politischen Leben Otto von Bismarcks? In seinem Urteil über die Fähigkeiten des zweiten Hohenzollern-Kaisers war Bismarck jedenfalls alles andere als zimperlich. „Daß Kaiser Friedrichs Liberalismus seiner unglaublichen politischen Schwachköpfigkeit entsprang, muß den Leuten erst noch klar werden“, erklärte er bei einem Tischgespräch wenige Monate nach dessen Tod. Diese von der Baronin Spitzemberg kolportierte Äußerung war keineswegs ein Einzelfall: Im Dezember 1886 hatte sich der Eiserne Kanzler bei Minister Robert Lucius über die „Empfindlichkeit, Prätensionen, unmotivierten Wünsche und Misstrauen aller Art“ des Kronprinzen beklagt und vorher schon dessen Indolenz, Vergnügungslust und Mangel an politischem Verständnis angeprangert. Bismarcks abwertendes Urteil reichte bis in die Reichsgründungszeit zurück, denn schon während des Krieges von 1870/71 hatte er den Kronprinzen als den „dümme[n] und eitelste[n] Mensch[en]“ bezeichnet.¹

Der Reichskanzler war bei weitem nicht der einzige Zeitgenosse, der dermaßen unverblümt über die politischen Fähigkeiten des preußischen Thronfolgers sprach. Im Oktober 1887 kritisierte etwa der ehemalige Marine-Minister Albrecht von Stosch nach Durchsicht einiger Briefe Friedrich Wilhelms die „Oberflächlichkeit“ und „Wurstigkeit“ des Kronprinzen. Auch der Großherzog von Baden, immerhin der Schwager des Kronprinzen, hielt ihn für zu weich, uninformiert, schwerfällig und rückgratlos. Der liberale badische Minister Franz von Roggenbach erachtete Friedrich Wilhelm als unfähig zu mannhafter Entschlossenheit und prophezeite, er werde als Kaiser seine Zeit mit zeremoniellem Kleinkram vertun. Gustav Freytag erwartete, Friedrich Wilhelm werde sich mit „lustigen Projekten des Hofnippes, Zere-

1 Ich bedanke mich beim britischen „Arts and Humanities Research Council“ für die finanzielle Unterstützung meiner Forschung, auf der dieser Aufsatz beruht. Für die hilfreiche Durchsicht des Manuskripts bin ich zudem Heidi Mehrkens und Hedi Müller verbunden. Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg. Hrsg. v. Rudolf Vierhaus, Göttingen 1960, S. 257; Robert Freiherr Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen. 4. Aufl. Stuttgart 1921, S. 359 f.; Otto von Bismarck: Werke in Auswahl. Bd. 7. Darmstadt 1981, S. 60; Ludwig Bamberger: Bismarcks Großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Hrsg. von Ernst Feder. Frankfurt am Main 1933, S. 243 f.

monieils, Orden usw.“ beschäftigen. All diese vernichtenden Urteile stammten aus Friedrich Wilhelms „Freundeskreis“. Andere urteilten noch harscher. Laut Bismarcks Sohn Herbert waren „maßloser Eigendünkel und vollständige Urteilslosigkeit“ kennzeichnend für den Kronprinzen. Beim Gedanken an dessen Thronbesteigung habe er „immer das Gefühl, als ob ein unschätzbares Kunstwerk [...] in die Hände eines törichten, eigensinnigen Kindes geraten“ solle. Für den Diplomaten Friedrich von Holstein war Friedrich Wilhelm eine Mischung aus „Schwäche und Kleinigkeit“.²

Es passt zu dieser Geringschätzung, dass dem Kronprinzen keine echte politische Standfestigkeit zugetraut wurde. Deutlicher als viele andere Kritiker Friedrich Wilhelms zweifelte gerade der Reichskanzler an der Ernsthaftigkeit von dessen vielfach kolportierter liberaler Haltung. Aus Bismarcks Sicht stellte der kronprinzliche Liberalismus eben nicht den festen politischen Wesenskern des künftigen Königs dar, sondern war nur modischer Abklatsch, das Resultat von Friedrich Wilhelms überentwickeltem Akklamationsbedürfnis – eben das Ergebnis von dessen „love of approbation“, wie er es 1883 mit einem Seitenhieb auf die britische Gattin des Kronprinzen nicht zufällig auf Englisch formulierte. „Ich weiß es nicht und habe für meine Person Zweifel“, schrieb der Reichskanzler 1879 an den Kaiser mit Bezug auf Gerüchte, dass unter Friedrich Wilhelm dereinst „grundsätzlich liberal regiert werden wird“. Übermäßig besorgt war Bismarck jedenfalls nicht, denn er vermutete, „daß die Richtung, wenn sie eintreten sollte, nicht dauernd sein wird.“ Als er vier Jahre darauf mit dem konservativen Abgeordneten Christoph Cremer über die Folgen des Regierungsantritts des Kronprinzen spekulierte, war der Kanzler ähnlich unaufgeregt: „(D)ann werden alle die liberalen Theorien, mit denen er sich bis dahin ohne Gefahr und Verantwortung beschäftigen konnte, verschwinden, wie Nebel vor der Sonne.“³

Im selben Gespräch verwies Bismarck jedoch auf einen anderen Zug des Thronfolgers, den er für politisch folgenreicher und charakteristischer hielt. „Ich kenne doch so ziemlich alle fürstlichen Personen Europas und darüber hinaus persönlich und einigermaßen genau. Aber ich kenne keinen unter allen, der eine so hohe Auffassung von seinem fürstlichen Berufe hätte, wie

2 Winfried Baumgart (Hrsg.): General Albrecht von Stosch. Politische Korrespondenz. München 2014, S. 443; Hermann Oncken (Bearb.): Großherzog Friedrich von Baden und die deutsche Politik 1854-1871. Bd. 1. Stuttgart 1927, S. 498; Walter Peter Fuchs (Hrsg.): Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871-1907. Bd. 1. Stuttgart 1968, S. 55; Julius Heyderhoff (Hrsg.): Im Ring der Gegner Bismarcks. Leipzig 1943, S. 214; Gustav Freytag: Gustav Freytags Briefe an Albrecht von Stosch. Stuttgart/Berlin 1913, S. 145, 176; Philipp zu Eulenburg-Hertefeld: Aus 50 Jahren. Berlin 1923, S. 180; Friedrich von Holstein: Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Bd. 2. Göttingen 1957, S. 166.

3 Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 8. Berlin 1926, S. 492; Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 6c. Berlin 1935, S. 160; Margaretha von Poschinger: Kaiser Friedrich. In neuer quellenmäßiger Darstellung. Berlin 1899, Bd. 3, S. 321.

unser Kronprinz Friedrich Wilhelm.“ Wenn Friedrich Wilhelm erst einmal auf dem Thron sei, werde „es Mühe kosten, ihn von den extremsten Schritten zur Behauptung seines Standpunktes zurückzuhalten.“ Denn der Kronprinz habe „in seiner Natur alle Anlagen, von der Gewalt den umfassendsten Gebrauch zu machen.“ Noch Jahrzehnte nach einer Konfrontation mit Friedrich Wilhelm behauptete Bismarck, dass er sich noch lebhaft an dessen „feindlichen Ausdruck olympischer Hoheit“ erinnern könne. Auch mit dieser Einschätzung stand der Reichskanzler keineswegs allein. Der Kronprinz sei überzeugt, dass „das monarchische Prinzip ein notwendiger Faktor für unsere Existenz“ sei, erinnerte sich dessen Bibliothekar Robert Dohme, „und deswegen wollte er es kräftig und autoritär“. Auch der preußische Diplomat Philipp von Eulenburg, der Friedrich Wilhelm regelmäßig bei dessen Besuchen in Bayern traf, staunte über die „Wucht des imperialistischen Gefühls“, das sich im Kronprinzen angestaut habe.⁴

Es war diese Tendenz des Kronprinzen, seinen monarchischen Machtanspruch mitunter überdeutlich zu betonen, die der zweiten Grundüberlegung Bismarcks im Hinblick auf Friedrich Wilhelm ihre besondere Brisanz verlieh. Denn völlig unabhängig von all seinen – tatsächlichen oder angedichteten – individuellen und charakterlichen Schwächen war der Thronfolger, qua seiner Stellung in der Erbfolge, unweigerlich eine politische Zentralfigur. Niemand, der in Preußen-Deutschland künftig Politik betreiben wollte, konnte ihn ignorieren: am wenigsten der vom Monarchen ernannte und im Amt gestützte Reichskanzler. Denn die Thronbesteigung eines neuen Regenten, beeinflusst von einer starken anti-bismarckischen Partei und entschlossen, seinen Herrschaftsanspruch durchzusetzen, würde das politische Ende des Reichskanzlers bedeuten.

Diese für Bismarck unangenehme und widersprüchliche Kombination von geringschätziger Distanz zu und gleichzeitiger Abhängigkeit von Friedrich Wilhelm drückte sich in einer Passage aus, die man in den Memoiren des Reichskanzlers findet. „Kaiser Friedrich, der Sohn des Monarchen, den ich *in specie* als meinen Herrn bezeichne“, heißt es dort mit gedrechselter Steifheit. Diese Formulierung verweist auf den dynastischen Kern der politischen Bedeutung des Kronprinzen. Wer im Rahmen des monarchischen Konstitutionalismus in Preußen und im Deutschen Reich die Krone trug, war per se bedeutsam – selbst wenn er schwach war. Niemand wusste dies besser als Bismarck, der dieses politische System jahrelang verteidigt und manipuliert hatte. „Die Stellung des Königs von Preußen ist Gott sei Dank eine so starke, daß die Individualität des Monarchen sich jedes Mal nicht bloß geltend ma-

4 Ebd.; Otto von Bismarck: Werke in Auswahl, Bd. 8/Teil A („Erinnerung und Gedanke“), Darmstadt 1975, S. 252 f.; Robert Dohme: Erinnerungen an Kaiser Friedrich. In: Deutsche Revue 47 (1922), Nr. 1, S. 128; Eulenburg-Hertefeld: Aus 50 Jahren (wie Anm. 2) S. 178.

chen wird, sondern auch Geltung verschaffen muß“, erklärte der Kanzler 1883. „Jeder unserer regierenden Herren hat von jeher darauf gehalten, sofort bei der Thronbesteigung zu erkennen zu geben, daß er nunmehr die Zügel der Regierung ergriffen hat, daß eben ein neues Regiment eingetreten ist.“⁵ Zeit seines politischen Lebens war es daher für Bismarck unvermeidlich, den Thronfolger in sein politisches Kalkül miteinzubeziehen..

Jede politische Partei musste ein Interesse daran haben, sich in der Öffentlichkeit mit dem Wohlwollen des allseits beliebten Kronprinzen brüsten zu können. Dies bedeutete, dass Friedrich Wilhelm sich häufig mit mehr oder weniger willkommenen Versuchen konfrontiert sah, ihn für bestimmte politische Zwecke einzuspannen. Die dabei angewandten Methoden reichten von sanfter Überredung bis hin zu heftigem Werben. Im Februar 1884 verglich der badische Liberale und ehemalige Minister Franz von Roggenbach die Versuche der Parteien, „den künftigen Regenten in ihre Garne“ einzufangen, mit einem großen „Ringkampf“.⁶ Aus der Sicht des Reichskanzlers barg diese Auseinandersetzung eine Reihe von Faktoren, die der Thronfolge Friedrich Wilhelms eine gefährliche Brisanz verliehen: die unverändert große Bedeutung der Person des Regenten im konstitutionellen System der Monarchie in Preußen und im Reich, die an „Schwachköpfigkeit“ grenzende politische Labilität des künftigen Monarchen und die dezidierten Bemühungen der politischen Gegner Bismarcks, sich gerade diese Kombination zunutze zu machen.

Denn die zentrale Strategie der sogenannten Kronprinzenpartei, einer linksliberal orientierten Gruppierung, bestand gerade darin, sich seit Ende der 1870er Jahre anzuschicken, aus dem als unmittelbar bevorstehend erwarteten Thronwechsel politisches Kapital zu schlagen. Im August 1883 druckte „Der Sozialdemokrat“, das illegal vertriebene Wochenblatt der Sozialdemokraten, eine scharfe Analyse dessen, was es „liberale Zukunftspolitik“ nannte. Dieser Plan beruhe auf zwei Annahmen, erklärte die Zeitung: auf der Erwartung, dass der sechsendachtzigjährige Kaiser bald sterben werde, und auf der „Mythe vom ‚liberalen Kronprinzen‘“. Diese „uralte Mythe, die seit Jahrhunderten die geduldigen Völker in Ruhe hält und die, obgleich in jedem Fall bisher ausnahmslos der Hoffnung die Enttäuschung gefolgt ist, doch auch heute noch von Millionen geglaubt wird“, sei nicht allein durch ihr hohes Alter sakrosankt. Im Falle des deutschen Kronprinzen werde sie auch durch Friedrich Wilhelms bekannte Antipathie gegen Bismarck gespeist. Diese Animosität hänge auch mit dem dünnen liberalen Firnis zusammen, den seine herrische Gattin ihm aufgestrichen habe. Bis zurück in die Zeiten

5 Bismarck: Erinnerung (wie Anm. 4), S. 247; Poschinger: Kaiser Friedrich. Bd. 3 (wie Anm. 3), S. 320.

6 Heyderhoff (Hrsg.): Ring (wie Anm. 2), S. 225.

des preußischen Verfassungskonflikts klopften die Liberalen nun Friedrich Wilhelms Leben nach Anekdoten ab, die angeblich seine Opposition gegenüber Bismarck belegen sollten. Ironisch bot „Der Sozialdemokrat“ an, Dutzende weiterer solcher Geschichten zu liefern, bezweifelte aber, dass die Pläne der Liberalen durchführbar seien. Die Ansichten des „liberalen Kronprinzen“ seien zu harmlos, schloss die Zeitung, und die „Zukunftspolitik“ stehe „auf sehr, sehr wackliger Grundlage“.⁷

Als dieser Artikel erschien, kursierten in der politischen Szene bereits seit einiger Zeit Gerüchte über die Bildung einer Kronprinzenpartei und über selbsternannte liberale „Zukunftsminister“, die darauf trachteten, den Kanzler mit Hilfe des neuen Monarchen auszuhebeln. Da König Wilhelm schon vierundsechzig Jahre alt war, als er 1861 gekrönt wurde, hatten die Absichten seines Nachfolgers schon früh Anlass zu Gerede gegeben. Zwei Jahrzehnte später war dies nun unüberhörbar. Die Thronfolgekonstellation wurde für Bismarck allerdings erst gegen Ende der 1870er Jahre politisch akut. Vorher war sie entweder durch einen erwartungsgemäß noch in weiter Ferne liegenden Thronwechsel entschärft – wie etwa während der Auseinandersetzung zwischen Bismarck und dem Kronprinzen im Jahr 1863. Oder sie war, wie in den Jahren 1867-1877, durch eine breite Übereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und dem Großteil des deutschen Liberalismus auf dem Gebiet der nationalen Einigungspolitik überlagert.

Für diese Untersuchung des Verhältnisses zwischen Bismarck und dem „liberalen Kronprinzen“ Friedrich Wilhelm sollen daher drei spätere Abschnitte konkreter betrachtet werden: (I) die Jahre vom Ende der sogenannten Liberalen Ära bis zu den Kartellwahlen (1878-1887), (II) das Jahr zwischen der Krebsdiagnose Friedrich Wilhelms bis zu seinem Tod (1887-1888) und (III) die Zeitspanne vom Tod des Kaisers Friedrich bis zu Bismarcks Rücktritt (1888-1890).

Gegen die „liberale Zukunftspolitik“ (1878-1887)

Bismarcks Entscheidung, seine Zusammenarbeit mit der Nationalliberalen Partei 1878 zu beenden, hatte den Reichskanzler bald in eine schwierige innenpolitische Krise gebracht. Nach den Reichstagswahlen im Oktober 1881 sollte sie sich beinahe bis zur Hoffnungslosigkeit vertiefen. Im neugewählten Parlament standen einem potentiell Bismarck-freundlichen Lager aus 125 Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen nun 272 oppositionelle Abgeordnete des Zentrums, der Sezessionisten, der Fortschrittspartei, der polnischen Minderheit sowie der Sozialdemokraten gegenüber. Schon

7 Der Sozialdemokrat v. 2. August 1883.

bald kam die Reichsleitung mit ihrer Politik im Reichstag nicht mehr weiter. „Wir ziehen nun die Bilanz unserer parlamentarischen Taktik und erleiden Niederlage auf Niederlage“, bemerkte der freikonservative Landwirtschaftsminister Robert Lucius (von Ballhausen) im Mai 1883.⁸

Nach Dafürhalten des Kanzlers war die Parlamentskrise mit der Frage der Thronfolge verzahnt. Die entscheidende Rolle dabei spielte die sogenannte Kronprinzenpartei, eine Gruppierung profilierter linksliberaler Politiker, der links-nationalliberale Abgeordnete wie Eduard Lasker, Heinrich Rickert, Maximilian von Forckenbeck, Ludwig Bamberger, Georg von Bunsen und Franz Schenk von Stauffenberg (später auch Karl Schrader) sowie auch Mitglieder der Fortschrittspartei wie Albert Hänel oder Rudolf Virchow angehörten. Im August 1880 hatte sich der linke Flügel der Nationalliberalen unter dem Namen „Liberaler Vereinigung“ von der Partei abgespalten und bildete fortan eine eigene Fraktion. Das wichtigste strategische Ziel dieser allgemein als Sezessionisten bezeichneten Partei war bereits im Vorjahr publik gemacht worden. Im Mai 1879 forderte Forckenbeck, Oberbürgermeister von Berlin, das deutsche Bürgertum öffentlich auf, eine einzige große und umfassende Partei zu gründen, die sich durch ihr Entstehen für liberale Prinzipien definieren sollte. Das im Sommer 1880 veröffentlichte Manifest der Sezessionisten schlug just in dieselbe Kerbe. Die Verteidigung „unserer nicht leicht errungenen politischen Freiheiten“ sei „die gemeinsame Aufgabe der gesamten liberalen Partei“. Die Bemühungen um eine Vereinigung der Liberalen gewannen weiter an Tempo, als die Sezessionisten und die noch dezidiert linksliberal orientierte Fortschrittspartei bei den Reichstagswahlen von 1881 hervorragende Ergebnisse erzielten.⁹

Bismarck waren diese Pläne durchaus bekannt. Bereits im Juli 1879 hatte er das Augenmerk des Kaisers auf die kleine „Anzahl der Zukunftsminister“ gelenkt, „welche von der Annahme ausgehen, daß S. Kais. Hoh. der Kronprinz, wenn Gott ihn zur Regierung beruft, ein liberales Ministerium ernennen werde“. Diese „Zukunftsrechnungen“, ergänzte der Kanzler einige Tage später, würden aktiv von Männern wie Forckenbeck, Rickert oder Hänel verbreitet. Er glaube, dass derartige Gerüchte florierten, weil es verschiedene Verbindungen zum Haushalt des Kronprinzen gebe. Bei einer Ministerkonferenz im Januar 1881 stellte er fest, dass dieselben Abgeordneten, welche gegenwärtig seinen Vorschlag eines staatlichen Tabakmonopols ablehnten,

8 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1990, S. 646.

9 James J. Sheehan: German Liberalism in the Nineteenth Century. Chicago/London 1978, S. 186-215; Urs Müller-Plantenberg: Der Freisinn nach Bismarcks Sturz. Phil. Diss., Freie Universität Berlin. Berlin 1970, S. 33-38; Gustav Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland 1871-1893. Berlin 1965, S. 110-128; Gall: Bismarck (wie Anm. 8), S. 644ff.; Wilhelm Mommsen (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. München 1964, S. 157.

auch „nach dem Ministerium unter dem Kronprinzen schielten“. Im Mai 1882 erneuerte er diese Warnung an seine Ministerkollegen: Wir „müssen uns gegenwärtig halten, daß die Opposition von Saison zu Saison auf einen Thronwechsel und auf Beseitigung der jetzigen Regierung rechnet.“ Gelegentlich nahmen diese Befürchtungen nahezu apokalyptische Ausmaße an. „Ich sage dies ohne Bitterkeit und ganz ruhig“, erklärte Bismarck im Dezember 1883, „ich sehe schwarz für Deutschlands Zukunft. Wenn die ‚Forchow und Wirckenbeck‘ [= Virchow und Forckenbeck, FLM] ans Ruder kommen und von oben her protegiert werden, so fällt alles wieder auseinander.“¹⁰

Solche Äußerungen mögen fatalistisch klingen, doch der Reichskanzler beschränkte sich keineswegs darauf, der „liberalen Zukunftspolitik“ tatenlos zuzusehen. Vielmehr begann er eine vielschichtige und rücksichtslose Kampagne zur Bekämpfung dieses Versuchs, mithilfe der kronprinzlichen Protektion „von oben“ einen systemverändernden Thronwechsel vorzubereiten. Bismarcks Strategie entfaltete sich auf zwei Ebenen: Zunächst ging es ihm um die „Entliberalisierung“ des Kronprinzen, um seine Abschottung von liberalen Einflüssen und stärkere Anbindung an den Kanzler. Sodann bemühte sich Bismarck um eine Umgestaltung des parteipolitisch organisierten Liberalismus im Hinblick auf den kommenden Thronwechsel: um die Wiederherstellung einer moderat liberalen, Bismarck-affinen Partei und die Schwächung des Linksliberalismus. In den Jahren zwischen 1881 und 1887 sollte es dem Kanzler gelingen, diese beiden Ziele zu erreichen.

Unmittelbar in den engeren Lebensbereich des Thronfolgers hinein reichten Bismarcks Anstrengungen, die Umgebung Friedrich Wilhelms von liberalen – oder auch nur vermeintlich liberalen – Einflüssen zu säubern. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Gruppe von Hofbeamten und Vertrauten, die den Kronprinzen umgaben, komplett verändert. „Stosch, Eulenburg, Mischke, Normann weg – eine sehr große Verbesserung der politischen Lage“, fasste Friedrich von Holstein die Ergebnisse dieser Bemühungen im Mai 1884 selbstzufrieden zusammen. Der Kammerherr des Kronprinzen, August Graf zu Eulenburg, der angeblich Misstrauen zwischen Bismarck und Friedrich Wilhelm gesät hatte, musste als Erster gehen. Er fiel einem Komplott zum Opfer. Die Freude über Eulenburgs Abgang im Jahr 1882 endete jedoch, als dieser durch Karl von Normann ersetzt wurde. Von diesem wurde nämlich geflüstert, er sei Bismarck gegenüber feindselig eingestellt und stünde Forckenbeck, Bamberger und Virchow nahe. Die Stelle, die durch Normanns Beförderung frei wurde, erhielt der konservative Offizier Gustav von Sommerfeld. Nach Jahren der Anfeindung und öffentlichen Desavouierung durch

10 Otto von Bismarck: Werke in Auswahl. Bd. 6. Darmstadt 1976, S. 320; Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke. Bd. 8 (wie Anm. 3), S. 394; Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 193, S. 209; Bismarck: Die gesammelten Werke. 6c (wie Anm. 3), S. 254; Tagebuch Spitzemberg (wie Anm. 1), S. 202.

den Kanzler reichte im März 1883 der Marineminister Albrecht von Stosch seinen Rücktritt ein. Seit den 1860er Jahren ein Vertrauter des Kronprinzen stand der Minister im Ruf, ein gutes Arbeitsverhältnis zu verschiedenen Reichstagsfraktionen zu unterhalten, und wurde daher von Bismarck verdächtigt, mit den Liberalen zu liebäugeln.¹¹

Im Februar 1884 wurde dann Friedrich Wilhelms Adjutant Albert von Mischke, der mit Normann befreundet war, durch gezielte Flüsterpropaganda von seinem Posten vertrieben. Der zunehmend isolierte Normann konnte sich nur noch bis zum Mai 1884 halten, bevor auch er gehen musste. Laut Holsteins Diagnose war es die Hybris des Kammerherrn, die seinen Fall verursachte: „Als Normann aber die große demokratische Partei hinter sich sah, schwoll ihm der Kamm, und er wollte die Beherrschung des Kronprinzen nicht mehr mit der Prinzeß teilen“, erklärte er. Dies machte es Bismarcks Gefolgsleuten leicht, Friedrich Wilhelms Gattin gegen Normann aufzubringen. Den Diplomaten Hugo Graf von Radolinski, den der Kaiser zu Normanns Nachfolger ernannte, hatte Bismarck zuvor auf Herz und Nieren geprüft. Für dessen Bereitschaft, „in die Schweinewirtschaft hineinzugehen“, war der Kanzler Radolinski so dankbar, dass er ihm einen ausgezeichneten diplomatischen Posten im Anschluss an diese Aufgabe versprach – selbst wenn er dafür jemanden umbringen müsse. Der Wachwechsel beim Kronprinzen blieb nicht unbemerkt. Die neuen Leute seien konservativ, bemerkte der freisinnige Politiker Karl Schrader im August 1884, „und scheinen es für ihre Aufgabe zu halten, ihre Herrschaften von liberalem Einflusse zu befreien“.¹²

Neben der Peitsche der Isolierung verwandte Bismarck auch das Zuckerbrot des schmeichelhaften Angebots, um Friedrich Wilhelm an sich zu binden. Im Herbst 1883 organisierte er beispielsweise einen interessanten und abwechslungsreichen Staatsbesuch, der den Kronprinzen über Italien nach Spanien führte und ihm einen glanzvollen und mühelosen Auftritt auf der Bühne der internationalen Politik ermöglichte. Es war kein Geheimnis, dass der Kanzler den Kronprinzen mit dieser Reise becircen wollte. Holsteins Tagebucheintragungen zeigen, dass Bismarck ein Zeichen der Dankbarkeit dafür erwartete, dem Kronprinzen „zu einer ungemein interessanten Reise, zu einer Triumph-Fahrt durch Spanien und Italien verholffen“ zu haben. Am 29. November 1883, vierzehn Tage nachdem Friedrich Wilhelm seine vierwöchige, sorgenfreie und letztlich ergebnislose Fahrt angetreten hatte, machte sich Bismarck in einer privaten Unterhaltung über das Liebesbedürfnis des

11 Holstein: Papiere, Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 49, 158, 160ff.; Norman Rich: Friedrich von Holstein: Politics and Diplomacy in the Era of Bismarck and Wilhelm II. Bd. 1. Cambridge 1965, S. 130-140; Frank Lorenz Müller: Der 99-Tage-Kaiser. München 2013, S. 239ff.

12 Paul Wentzcke und Julius Heyderhoff (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Bd. 2, Bonn 1926, S. 417.

Kronprinzen lustig. Friedrich Wilhelm genieße es eben, einen guten Eindruck zu hinterlassen, und „namentlich den kleinen Azteken gegenüber“ möge er sich imposant ausgenommen haben.¹³

Friedrich Wilhelm hatte seine Koffer kaum ausgepackt, da ging Bismarcks Charme-Offensive bereits weiter. Am 12. April 1884 besuchte der Kanzler den Kronprinzen und trug ihm aus heiterem Himmel an, den Vorsitz des Preußischen Staatsrats zu übernehmen. Der Thronfolger willigte sofort ein, obwohl zu dieser Zeit schwerlich klar sein konnte, was damit eigentlich bezweckt oder beinhaltet war. Das Gremium – eine Versammlung von Beamten und Honoratioren, der die Prüfung von Gesetzesvorlagen oblag – war 1817 eingesetzt worden, hatte aber seit der Einführung eines preußischen Parlaments 1848 keine echte Funktion mehr. Zwar war der Staatsrat nie formal abgeschafft worden, aber 1884 lag sein letztes Zusammentreten mehr als zwei Jahrzehnte zurück. Bismarcks plötzlicher und eiliger Entschluss, dieses Organ aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken, stieß auf allgemeine Verwunderung und – in Ministerkreisen – auf Skepsis. Der Reichskanzler war jedoch nicht zu stoppen, und schon am 25. Oktober 1884 eröffnete Friedrich Wilhelm die erste Sitzung des Staatsrats. Hellsichtige Beobachter erkannten sehr wohl, dass auch diese Aktion im Zusammenhang mit der Bekämpfung linksliberaler Zukunftspläne stand. Johannes Miquel, der Führer der Nationalliberalen, stimmte dem Vorhaben aus just diesem Grund zu. Er sehe den Staatsrat als „Fesselung des Kronprinzen, [...] dessen weit nach links schweifenden Zukunftsgedanken“ er nichts abgewinnen konnte.¹⁴

Der Plan schien aufzugehen. Im Juni 1884 notierte Minister Lucius in seinem Tagebuch: „Seitdem der Kronprinz den Vorsitz des Staatsrats übernommen hat, sollen die Fortschrittler etwas verschnupft sein, während Bismarcks Stellung zum Kronprinzen eine offenbar intimere geworden ist.“ Der Kanzler hatte, um dem Kronprinzen zu schmeicheln, die erste Staatsratssitzung am 18. Oktober 1884 stattfinden lassen, „wegen der historischen Bedeutung, die dieser Tag gerade als Geburtstag Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen hat“. Aus irgendeinem Grunde hatte sich dies nicht einrichten lassen, aber der Sitzung erst am 25. Oktober 1884 vorzustehen, schien Friedrich Wilhelms Vergnügen keineswegs zu schmälern. Er präsierte über eine erlauchte Gesellschaft aus Ministern, Beamten, Parlamentariern, hochrangigen Offizieren, Gelehrten und Industriellen. Die Staatsratsmitglieder waren in ihrer überwältigenden Mehrheit konservativ, aber eine Handvoll prominenter Nationalliberaler war klugerweise ebenfalls berufen worden. Bei einem Dinner im Oktober 1884 erzählte der Industrielle Louis Baare, ein Staatsratsmit-

13 Müller: Der 99-Tage-Kaiser (wie Anm. 11), S. 242ff.

14 Axel T. G. Riehl: Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883-1885. Berlin 1993, S. 352-383; Baumgart (Hrsg.): Stosch (wie Anm. 2), S. 276.

glied, Friedrich Wilhelm, wie froh er sei, dass dieser den Vorsitz angenommen habe: „Deshalb hat’s mich gefreut, weil E[ure]K[aiserliche]H[oheit] nun doch mit Forckenbeck und Konsorten gebrochen haben.“¹⁵

Zur Vertiefung eben dieses Bruches zwischen Friedrich Wilhelm und der sogenannten Kronprinzenpartei trug auch – und sicher keineswegs zufällig – die von Bismarck 1884 plötzlich forcierte und öffentlichkeitswirksam hochgepeitschte Kolonialpolitik bei. Denn die geradezu dogmatische Ablehnung, mit der die Linksliberalen dem Gedanken imperialer Expansion entgegentraten, teilte der Thronfolger sicher nicht. Schon 1880 hatte er das Votum des Reichstags gegen die Unterstützung des deutschen Überseehandels kritisiert und stattdessen „eine active Handels- und Kolonialpolitik“ befürwortet. 1884 wurde er dann laut Berichten des britischen Botschafters in Berlin von der allgemeinen Kolonialbegeisterung mitgerissen, die damals durch das Land schwappte.¹⁶

In der Kolonialpolitik zeigt sich, wie eng die beiden Aktionsebenen des Kanzlers in der Thronfolgefrage miteinander verbunden waren. Denn durch die Befürwortung imperialer Expansion trennte er nicht nur den Kronprinzen von den Linksliberalen und band ihn enger an seine Politik, Bismarck benutzte diese Maßnahme auch, um die liberale Parteienlandschaft in seinem Sinne umzugestalten. Sie gab ihm nämlich ein Mittel an die Hand, um zum einen den inzwischen zur Deutsch-Freisinnigen Partei vereinigten Sezessionisten und Fortschrittlern zu schaden und zum anderen die ihm zunehmend gefügige Nationalliberale Partei zu stärken. Durch den Entschluss zugunsten des besonders von ihr geforderten Kolonialerwerbs bot Bismarck der Nationalliberalen Partei ein überaus attraktives Pfund an, mit dem die Partei wahlwirksam wuchern konnte. In seiner Reichstagsrede am 1. Dezember 1884 machte Bismarck allerdings deutlich, dass dieses Geschenk nicht umsonst zu haben war, sondern mit parlamentarischer Disziplin entlohnt werden musste. „Um eine überseeische Politik mit Erfolg treiben zu können, muss jede Regierung in ihrem Parlament [...] eine in nationalem Sinne geschlossene Majorität [...] hinter sich haben.“¹⁷

„Die ganze Kolonialgeschichte ist ja Schwindel“, hatte Bismarck schon vor der Reichstagswahl im Oktober 1884 eingeräumt, „aber wir brauchen sie für die Wahlen.“¹⁸ Sein Kalkül ging auf. Als das neugewählte Parlament am 20. November 1884 zusammentrat, war die Zahl der anti-kolonialen linksli-

15 Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 298; Riehl: Tanz (wie Anm. 14), S. 128; Holstein: Papiere, Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 178 f.

16 Winfried Baumgart (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866-1888. Paderborn 2012, S. 355; Karina Urbach: Bismarck’s Favourite Englishman. Lord Odo Russell’s Mission to Berlin. London 1999, S. 202.

17 Stenographische Berichte (Reichstag). 6. Legislaturperiode. I. Session. Bd. 1. Berlin 1885, S. 142.

18 Holstein: Papiere Bd. 2 (wie Anm. 2), 174.

beralen Abgeordneten um 41 geschrumpft, während die Reihen der Kolonialbefürworter – Deutschkonservative und Nationalliberale – um 27 Sitze angewachsen waren. Dass gerade die Nationalliberale Partei, nach ihren herben Verlusten bei den Wahlen von 1881, sowohl Stimmen wie auch Sitze hinzugewinnen konnte und nun genauso stark war wie die im Freisinn vereinten Sezessionisten und Fortschrittler, mag für den Reichskanzler besonders erfreulich gewesen sein. Denn parallel zur Zerstörung der als Gladstone-Partei und Kolonialfeinde beschimpften Linksliberalen verfolgte Bismarck das Ziel, sich mit einer geläuterten, moderaten Nationalliberalen Partei eine neue parlamentarische Stütze heranzuziehen. Mit deren Hilfe hoffte er, den Thronfolger zu gewinnen und die Thronfolge einzuhegen, indem er ihr das Potential zur Systemveränderung entzog. Bereits 1879 hatte Bismarck darin den Schlüssel zur Lösung seiner politischen Probleme erkannt. Wenn die Nationalliberale Partei erst einmal ihre gefährlichen Elemente losgeworden war, eben jene „Fortschrittler unter nationalliberaler Maske, die Leute des Städtetages und der ‚großen‘ liberalen Partei, mit anderen Worten, die Republikaner“, so der Kanzler, dann könne man mit dem „ehrliehen Theil der Nationalliberalen“ gedeihlich zusammenarbeiten.¹⁹

Folgerichtig begann Bismarck daher nach der Abspaltung der Sezessionisten im August 1880 ein beharrliches Werben um die nationalliberale Rumpfpartei. Wenn diese die linksliberalen Sirenengesänge zur Bildung einer liberalen Gesamtpartei miede, so könnte sie eine machtvolle Allianz mit den gemäßigten Konservativen eingehen, ließ der Kanzler den Parteivorsitzenden Bennigsen im September 1880 wissen. Für diesen Fall bot er ihm sogar ein indirektes parlamentarisches Veto bei Gesetzesinitiativen an. Mit der „Heidelberger Erklärung“ einer Gruppe führender Parteivertreter vom 23. März 1884 nahm der Schwenk der Partei in Richtung auf das Regierungslager feste Formen an. Diese Strategie wurde nicht nur vom Wähler honoriert – die Zahl der nationalliberalen Abgeordneten wuchs von 47 im Jahr 1881 auf 51 bei den Wahlen von 1884 und auf 99 drei Jahre später –, auch der Kronprinz war mit von der Partie. Bei einem Treffen mit Bismarck einige Wochen nach der Heidelberger Erklärung hatte Friedrich Wilhelm den Kanzler wissen lassen, dass er beabsichtige, dereinst Miquel und Bennigsen zu Ministern zu ernennen. Im Juni 1884 reflektierte er in einem Tagebucheintrag über die jüngsten programmatischen Veränderungen der Nationalliberalen. Seine Zusammenfassung fiel im Großen und Ganzen positiv aus und beschrieb deren Absichten recht pragmatisch: „Fraktionswirthschaft, Parteiterrorismus u. grundsätzl. Feindseligkeit gegen die Reichspolitik solle im Parlaments-Leben unterdrückt werden. Eine maßvolle Mittelparthei solle ohne Parthei Rücksichten der Reichs Regierung behülflich sein.“ Da auch

19 Otto von Bismarck: Die gesammelten Werke, Bd. 14/2. Berlin 1933, S. 910.

der Entschluss des Kronprinzen, Bismarck künftig im Amt zu behalten, zu diesem Zeitpunkt schon fest stand, konnte der Kanzler mit den sogenannten Kartellwahlen des Jahres 1887 eine reiche politische Ernte in die Scheuer fahren. Zum ersten Mal nach Jahren verfügte Bismarck wieder über eine Parlamentsmehrheit. „Der Kronprinz ist jetzt aller Verlegenheit enthoben“, kommentierte der führende Linksliberale Ludwig Bamberger den Wahlausgang, der das Scheitern der „liberalen Zukunftspolitik“ besiegelte. „Er wird tun, was Bismarck will.“²⁰

Bismarck und der „Edle Dulder“ (1887-1888)

Im Mai 1887 untersuchte der Berliner Arzt Ernst von Bergmann den seit Wochen an Heiserkeit laborierenden Kronprinzen und diagnostizierte Kehlkopfkrebs. Obwohl sich Bergmann von einem chirurgischen Eingriff die Rettung des hohen Patienten erhoffte, war dieser Befund niederschmetternd. Bismarcks emotionale Reaktion auf den Verlauf der Dinge verblüffte dennoch selbst seine eigene Familie. Im Mai 1887 fragte sich sein Sohn Wilhelm, warum sein Vater in Bezug auf Friedrich Wilhelms Zustand derartigen Stimmungsschwankungen unterliege. Philipp von Eulenburg bemerkte konsterniert, dass der Kanzler geweint habe, als er von der Schwere der Krankheit erfuhr. Der Diplomat vermutete, dass Bismarcks bittere Enttäuschung über die politischen Konsequenzen von Friedrich Wilhelms tödlicher Krankheit dabei eine Rolle gespielt habe. Bismarck hatte jahrelang daran gearbeitet, die liberal-konservative Konstellation herbeizuführen, die es ihm erlaubte, auch unter dem neuen Kaiser und seiner Gemahlin weiter zu regieren, und nun machte das Schicksal den Sinn und Zweck all dieser Bemühungen auf einen Schlag zunichte. Die Nachricht, dass der Kronprinz dem Tode geweiht sei, erreichte den Kanzler nur wenige Wochen nachdem er endlich das Netz um den zukünftigen Herrscher zugezogen hatte.²¹

Aus der Nachricht von der tödlichen Erkrankung des Kronprinzen ergab sich nun für Bismarck plötzlich eine veränderte politische Problemstellung: Nachdem er über Jahre die aller Voraussicht nach lange Regentschaft Friedrich Wilhelms sorgfältig vorbereitet hatte, musste sich der Kanzler nun in großer Hast auf die Thronbesteigung des Prinzen Wilhelm einstellen. Während Ersterer aus Sicht Bismarcks eher dazu neigte, gefährlichen Einflüsterungen von links nachzugeben, war Letzterer in den Dunstkreis rechts ste-

20 Holstein: Papiere. Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 121 f; Baumgart: Tagebücher (wie Anm. 16), S. 457; Wentzcke (Hrsg.): Liberalismus (wie Anm. 12), S. 429.

21 Friedrich von Holstein: Die Geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Bd. 3. Göttingen 1961, S. 192; Eulenburg: Aus 50 Jahren (wie Anm. 4), S. 140.

hender, Bismarck-kritischer Figuren – wie etwa des Generalstaboffiziers Alfred von Waldersee oder des antisemitisch agitierenden Hofpredigers Adolf Stoecker – geraten.²² Den künftigen Kaiser wieder fest an den alten Kanzler zu binden, war demnach eine politische Überlebensfrage für Bismarck – zumal Waldersee hochfliegende politische Ambitionen nachgesagt wurden. Darüber hinaus aber musste auch die Abwehr der linksliberalen Initiative unvermindert weitergehen.

Allen Rückschlägen zum Trotz und im Bewusstsein, dass Friedrich Wilhelm keineswegs so fest zu ihnen stand, wie sie es insinuierten, ließen die Vertreter der Kronprinzenpartei nämlich nicht von dem Versuch ab, aus dem Thronwechsel politischen Profit zu schlagen. Vielmehr bemühten sie sich, das Mitgefühl, das die schwere Erkrankung des Kronprinzen überall erregte, und später auch die Ehrfurcht vor dem „Edlen Dulder“ auf dem Kaiserthron nach Kräften für ihre Zwecke auszunutzen. Schon in den Monaten des Siechtums, die Friedrich Wilhelms Thronbesteigung im März 1888 vorausgingen, war die Berichterstattung einem parteipolitischen Muster gefolgt. Im Januar 1888 attackierte der linksliberale „Reichsfreund“ den konservativen „Sonntagsfreund“, weil dieser den Kronprinzen bereits als todgeweiht abschreibe und seinen Sohn als den nächsten Monarchen hofiere. In der Folge brachte das Blatt dann mehrere optimistische Berichte über den sich angeblich verbessernden Gesundheitszustand Friedrich Wilhelms. Für die Gegner der Liberalen waren solche Behauptungen nichts anderes als „freche Lüge über das Befinden des Kronprinzen“, wie Holstein verbittert in seinem Tagebuch notierte. Ihr Zweck sei es, „zu verhindern, daß der Kronprinz etwa veranlaßt werde, als regierungsunfähig auf die Krone zu verzichten.“²³

Dazu kam es nicht, und der kranke Kaiser Friedrich III. traf am 11. März 1888 aus San Remo kommend in Berlin-Charlottenburg ein. Die freisinnige Presse brannte nun ein Freudenfeuer ab, als wäre ihr Plan einer liberalen Systemveränderung „von oben“ komplett aufgegangen. Die „Vossische Zeitung“ verwies darauf, dass der neue Kaiser sich nach seinem großen Ahnherrn Friedrich genannt hatte, der ein „Schirmherr der Freiheit“ war und lobte die öffentlichen Erklärungen des neuen Herrschers als die „Sprache eines Fürsten, der die Überlieferungen des alten Polizeistaats abgestreift hat“. Die „Berliner Zeitung“ erkannte in Friedrichs Worten eine „streng liberale Stellungnahme“. Ein „entschiedeneres Eintreten für die Freiheit, die Rechte des Volkes zugleich mit den Rechten der Krone“, so befand Arnold Perls, der linksliberale Herausgeber der „Berliner Zeitung“, wäre von „keinem Fürsten zu erwarten gewesen“. Am Ende des Monats wartete der „Reichsfreund“

22 John C. G Röhl: Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859-1888. München 1993, S. 712-755.

23 Der Reichsfreund v. 7., 14., 28. Januar, 25. Februar u. 10. März 1888; Holstein: Papiere. Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 403.

nochmals mit einer kompletten Liste aller Aussprüche des Kaisers im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts auf, „über die sich jeder freisinnige und fortschrittliche Mann von Herzen freute und die Konservativen sich ärgerten.“²⁴

Ein Schreiben, das einer der führenden Politiker der Freisinnigen Partei, Karl Schrader, im März 1888 an seinen Parteifreund Ludwig Bamberger schickte, erhellt, was mit diesen Darstellungen erreicht werden sollte. „Unserer Partei Aufgabe wird sein, den Geist, der in den kaiserlichen Erlassen lebt, den weiteren Volkskreisen möglichst zum Verständniß zu bringen, ohne irgendetwas von unseren Ansichten aufzugeben.“ Hierzu war eine erfolgreiche Legenden-Bildung unabdingbar. Der sterbende Kaiser habe „genug getan, um seine Glorie zu erringen“, argumentierte Schraders Frau Henriette Schrader-Breymann im Juni 1888. „Wenn er dahin ist, wird sich für das Volk, das noch nicht politisch denken kann, eine Mythe um ihn weben, welche die Phantasie erregt, und dadurch vielleicht mehr in ihm weckt als alle Aufklärung und Lehre.“²⁵

Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse im Reichstag konnte sich Bismarck bei der Abwehr dieser parteipolitischen Initiative zunächst auf gelegentliches Zurückkeilen durch ihm gefügige Presseorgane beschränken. So feuerte der direkt instruierte Moritz Busch am 12. April 1888 in den „Grenzboten“ eine Breitseite gegen den Freisinn ab, dessen übler Plan es sei, den Kanzler um jeden Preis loszuwerden. „Es ist etwas ganz Unerhörtes, daß eine Partei einen Regenten als den Ihrigen in Anspruch nimmt“, hieß es dort, und die Freisinnige Partei solle sich der „ebenso cynischen wie geschmacklosen Weise“ schämen, in welcher ihre Presse „das neue Herrscherpaar mit ihren eigenen Gesinnungen zu identifizieren suche“. Schon bald, so warnte Busch, würde „den fortschrittlichen Agitatoren ihre königstreue Maske heruntergerissen“ und zwar „von Leuten, welche die Königstreue im Herzen und nicht auf der Zunge tragen“. Die konservative „Neue Preußische Zeitung“ teilte diese Ansicht: „[A]lle Loyalitätsbeteuerungen verdecken nicht das letzte Ziel – das Königthum herabzuwürdigen zu einer bloßen Magistratur.“ Das Kalkül der Liberalen sei nur zu durchsichtig: „Sie erstreben das Schaukeln des Staatsschiffes, um auf diesem Wege zur Parlamentsherrschaft und zur Ohnmacht des Königthums zu gelangen.“²⁶

24 Vossische Zeitung v. 12. u. 13. März 1888; Berliner Zeitung v. 14. März 1888; Arnold Perls: Kaiser Friedrich und seine hunderttägige Regierung. München 1888, S. 33, 36; Der Reichsfreund v. 31. März 1888.

25 Schrader an Bamberger, 26. März 1888 (Nachlass Bamberger, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, N/2008, Nr. 188); Mary J. Lyschinska: Henriette Schrader-Breymann, Bd. 2. Berlin/Leipzig, 1922, S. 423.

26 Die Grenzboten v. 12. April 1888, S. 144; Neue Preußische Zeitung v. 10. April 1888.

Von größerer Brisanz für den Kanzler war die Umgestaltung seines Verhältnisses zum neuen Kronprinzen Wilhelm, der – wie Bismarck auf Nachfrage von Professor Bergmann erfahren hatte – binnen weniger Monate ans Ruder kommen würde. Nachdem Prinz Wilhelm im Herbst 1887 demonstrativ an einer Veranstaltung des Stoecker-Waldersee-Kreises teilgenommen hatte, schien sein einst so enges Verhältnis zu Bismarck zerrüttet, und es bedurfte gewaltiger Anstrengungen seitens des Reichskanzlers, das Ruder vor der Thronbesteigung Wilhelms herumzureißen. Zu diesem Zweck inszenierte Bismarck die so genannte Kanzlerkrise des Jahres 1888. Während dieser einigermaßen künstlichen Aufregung wurden angebliche Pläne zur Verheiratung einer Tochter des Kaiserpaares mit Alexander von Battenberg, dem ehemaligen Fürsten von Bulgarien, zu einer deutsch-russischen Konfrontation aufgebauscht, die in Gerüchten gipfelte, der Rücktritt des Kanzlers stünde unmittelbar bevor. Die Kartellpresse lief Sturm gegen die Hochzeitspläne, betonte die Unersetzlichkeit des Reichskanzlers und griff vor allem die Kaiserin an. Unter der Überschrift: „Keine Frauenzimmerpolitik!“ veröffentlichten die konservativen „Dresdener Nachrichten“ einen rüden Angriff auf die Kaiserin. In den „Grenzboten“ attackierte Bismarcks Feder Moritz Busch Victoria, die „bis heute eine Engländerin [...] geblieben“ sei. Denn die „Verheiratung des Battenbergers mit der Tochter unseres Kaisers“, erinnerte er seine Leser, „ist von dessen Schwiegermutter angeregt worden und wird von dessen Gemahlin lebhaft gewünscht“.²⁷

Insidern war sofort klar, dass es bei diesem Manöver nicht um Battenberg ging, sondern um die Thronfolge. Das Ziel sei, sich beim Kronprinzen einzuschmeicheln, bemerkte Holstein am 3. April 1888. Bismarcks „scheinbar wütender Widerstand“ gegen die Heirat, erklärte er später, resultiere aus der Angst des Kanzlers vor dem Thronfolger. Wilhelm wurde daher in den Kampf gegen die angebliche Hochzeitsintrige aktiv eingebunden. Der Kanzler bot dem stets forschenden Kronprinzen eine willkommene Gelegenheit, seine Muskeln spielen zu lassen, und ließ ihn einen bombastisch formulierten Brief unterzeichnen. Wenn er an den eigenen Hass gegen seine Mutter und Alexander von Battenberg erinnert wurde, reagierte Wilhelm beinahe unkontrolliert heftig. Das Reich sei „nur um ein Haar einer Katastrophe entkommen“, informierte der Prinz den Herzog von Coburg am 3. April 1888, „die im Rücktritt unseres eisernen Kanzlers den Höhepunkt erreicht hätte. Der Grund dazu ist der Name ‚Battenberg‘ und die treibende Kraft Mama mit natürlich England im Hinterhalte“. Zudem wird das Schauspiel einer deutsch-

27 Karl Wippermann: Deutscher Geschichtskalender für 1888. Bd. 1. Leipzig 1889, S. 164; Die Grenzboten v. 12. u. 19.4.1888, S. 147 u. 160.

landweiten Pressekampagne zur Unterstützung des unersetzlichen Kanzlers den Kronprinzen einigermaßen beeindruckt haben.²⁸

Wenn man in der Kanzlerkrise den Versuch Bismarcks erkennt, seine alte Vertrauensstellung beim Kronprinzen zurückzuerlangen, erklärt sich auch die Bereitschaft der Kaiserin Victoria, ihre Rolle in der Krise zu spielen und die mitunter wüsten Beschimpfungen einigermaßen stoisch zu ertragen. Denn wie ihr leidender Mann hatte auch sie starke Zweifel, ob Wilhelm reif genug für die Thronbesteigung sei, und sah in dessen Anbindung an Bismarck ein geringeres Übel als im Kontakt zu ultrakonservativen Kräften. Die Gefahr eines dezidierten Rechtsschwenks unter dem künftigen Kaiser Wilhelm verstärkte zudem die sowieso schon dominierende Stellung des Kanzlers gegenüber dem Kaiserpaar. Es war Bismarck somit ein Leichtes, selbst die geringsten liberalen Gesten, die man von der Herrschaft Friedrichs III. hätte erwarten können, im Keim zu ersticken. In der Form war Bismarcks Umgang mit dem Herrscherpaar von geradezu honigsüßer Freundlichkeit. Insbesondere gegenüber der Kaiserin legte er sich ins Zeug und tat, so ließ er Lucius wissen, „wie ein verliebter Greis“. Die ganze Übung bereitere dem Kanzler offensichtlich Vergnügen. „Alles gehe leicht und angenehm mit dem hohen Herrn, wie ein jeu de roulette“, informierte er die Minister kurz nach der Thronbesteigung Friedrichs. Im Nachhinein vertrat Bismarck sogar die Auffassung, dass er während seiner gesamten ministeriellen Laufbahn „keine so friktionslose und bequeme Geschäftsordnung gehabt“ habe „wie während der neunundneunzig Tage, die Kaiser Friedrich regiert hat“.²⁹

Hinter dieser etwas zynischen Formulierung verbarg sich die Tatsache, dass es weder der sterbende Kaiser noch die weithin verfemte Kaiserin war, die regierten, sondern der Kanzler. Bismarck lehnte alles ab, was ihm politisch gegen den Strich ging: So verhinderte er die Ordensverleihungen an Georg von Bunsen, Karl Schrader und Franz von Stauffenberg, unterlief die geplante Amnestie, die auch die wegen politischer Vergehen Verurteilten einschließen sollte, und brach den zaghaften Widerstand des Kaisers gegen eine Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags und die Neuaufgabe des Sozialistengesetzes. Auch von der einst vorgesehenen Aufnahme nationalliberaler Politiker ins preußische Staatsministerium konnte keine Rede mehr sein, wie die Neubesetzung des Innenministeriums durch Bismarck belegt. „Er behandelt diese Frage schon mehr mit Rücksicht auf den Thronfol-

28 Otto Pflanze: *Bismarck and the Development of Germany*. Bd. 3. Princeton 1990, S. 289-301; Röhl: *Wilhelm II.* (wie Anm. 23), S. 599-627, 712-768, 800; J. Alden Nichols: *The Year of the Three Kaisers*. Urbana/Chicago 1987, S. 215 f.; Holstein: *Papiere*. Bd. 2 (wie Anm. 2), S. 414, 416, 418.

29 Lucius von Ballhausen: *Bismarck-Erinnerungen* (wie Anm. 1), S. 433, 462; Max Klemm: *Was sagt Bismarck dazu? Ein Wegweiser durch Bismarcks Geistes- und Gedankenwelt*. Bd. 1. Berlin 1924, S. 438.

ger“, bemerkte Lucius am 10. Juni 1888, nachdem Bismarck Bennigsen ausgeschlossen hatte. „Er hatte wohl früher sich für den Fall einer längeren Regierung Sr. Majestät auf einige nationalliberale Minister eingerichtet, bereitet aber jetzt wohl ein stramm konservatives, aber nicht orthodoxes Ministerium vor.“³⁰ Noch bevor der „Edle Dulder“ seinen letzten Atemzug getan hatte, war der Kanzler schon vollauf damit beschäftigt, die gemäßigt liberale Zukunft, die er in den Jahren 1880 bis 1887 vorbereitet hatte, hinter sich zu lassen, um sich auf den neuen Mann einzustellen, den er „in specie“ als seinen Herrn bezeichnen musste.

Der Kanzler und die Legende vom „Volkskaiser“

Zu einer Zeit, in der monarchische Geschichtspolitik und die Inszenierung einer staatstragenden Hohenzollern-Legende von großer politischer Bedeutung waren, endete die Wirkung Kaiser Friedrichs nicht mit dessen Hinscheiden am 15. Juni 1888. Der Streit um die posthume Deutungshoheit für diesen Monarchen sollte nicht minder leidenschaftlich geführt werden als der Kampf um die politische Unterstützung durch den künftigen Herrscher vor 1887. Dass die öffentliche Figur des weithin beliebten Kronprinzen und Kaisers beachtliche Möglichkeiten zur symbolischen und politischen Indienstnahme bot, wurde von den Zeitgenossen sofort erkannt und kommentiert. „Man wird ihn wie Cid vor Valencia als Leiche noch auf das Pferd setzen“, hatte sein bemerkenswert kaltschnäuziger Sohn bereits im Dezember 1887 geätzt. Bei aller Geschmacklosigkeit lag Prinz Wilhelm mit seiner Einschätzung der Absichten, welche die freisinnigen Politiker verfolgten, jedoch nicht falsch.³¹

Das Ziel der politischen Anstrengungen ihrer Partei müsse nun sein, so formulierte es Karl Schrader im August 1888, „das Andenken Kaiser Friedrichs [...] als wahrhaft volksthümlichen und volksliebenden Regenten aufrecht [zu] erhalten. An ihm kann und muß eine aus dem Volk kommende bessere Entwicklung anknüpfen und das müßten wir dadurch ermöglichen, daß wir ihn stets im Bewußtsein des Volkes erhalten.“ Dabei war es jedoch wichtig, dass dieses Andenken auch die richtigen Inhalte transportiere und nicht von der Gegenseite ausgenutzt würde. „Einige Reiterstandbilder wird man Kaiser Friedrich wohl setzen“, prophezeite Schrader, „aber damit wird sein Andenken nicht in der Weise, in derjenigen Gestalt erhalten, in welcher

30 Lucius von Ballhausen: Bismarck-Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 462.

31 Frank Lorenz Müller: The Prince, the Crypt and the Historians. Emperor Frederick III and the Continuity of Monarchical “Geschichtspolitik” in Imperial Germany. In: German Studies Review 35, 3 (2012), S. 521-540; Eulenburg-Hertefeld: Aus 50 Jahren (wie Anm. 2), S. 150.

es geschehen sollte.“ Dementsprechend begannen linksliberale Kräfte nun eine vielschichtige Kampagne, die zum Ziel hatte, das Bild Friedrichs III. als liberalem Volkskaiser zu etablieren. Sein Wollen und Bemühen seien klar definiert, und die Umsetzung seines politischen Vermächtnisses – nunmehr gleichsam geheiligt durch sein Leiden, seine Majestät als Herrscher und seinen Tod – stelle eine hohe Pflicht für alle Deutschen dar. So feierte etwa im September 1888 die „Volks-Zeitung“ die gerade veröffentlichten Auszüge aus dem Kriegstagebuch des damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm als einen „Wegweiser auf dem Pfade, auf dem das Volk allein zur Freiheit und zum Frieden, zu den hohen Gütern der modernen Gesittung gelangen kann.“ Ähnliche Gedanken dominierten auch die Gedenkveranstaltungen, die der Freisinn im Oktober 1888 anlässlich des Geburtstags des verstorbenen Kaisers im ganzen Land organisierte. Im Saal der Berliner Bock-Brauerei erklärte Theodor Barth vor knapp 2000 Trauergästen, Friedrich III., der von den „Gegnern eines freisinnigen Ausbaus Deutschlands“ geschmäht worden sei, gehöre zu „den Märtyrern der Freiheit“. Zur gleichen Zeit feierte der freisinnige Reichstagsabgeordnete Constantin Bulle den verstorbenen Kaiser in Bremen als einen „begeisterte[n] Vorkämpfer deutscher Einheit, politischer Freiheit, sozialen Fortschritts“. Selbst zwei Jahre später gelang es dem Freisinnigen Verein in Görlitz noch, die dortige Reichshalle bis auf den letzten Platz zu füllen, um des „herrliche[n] und segensbringend[en]“ Vermächtnisses „Kaiser Friedrich's an sein Volk“ zu gedenken.³²

Bismarck reagierte energisch, aggressiv und beinahe unkontrolliert auf diese Versuche, mit dem toten Kaiser Stimmung für eine politische Umorientierung zu machen. Das Thema ließ ihn lange nicht los und erregte ihn über alle Maßen. „Diese Legende sei für die ganze Dynastie gefährlich und müsse zerstört werden“, erklärte er Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst im Januar 1889. „Er hat sich augenscheinlich in die Sache verbissen und will sie nicht loslassen“, resümierte der damalige Statthalter in Elsaß-Lothringen und befand: „Er machte mir den Eindruck eines geistig nicht ganz gesunden Mannes.“³³ Besonders brachial fiel die Reaktion des Kanzlers auf die nicht-autorisierte, anonyme Veröffentlichung von Auszügen aus dem Kriegstagebuch des damaligen Kronprinzen aus. Heinrich Geffcken, ein ehemaliger Kommilitone Friedrich Wilhelms, hatte die Notizen aus den Jahren 1870/71 im September 1888 in der „Deutschen Rundschau“ abdrucken lassen. Während die Freisinnige Presse diese (eigentlich belanglosen) Exzerpte als politische Offenbarung und posthume Bestätigung ihrer Richtung feierten, sah

32 Wentzcke: Liberalismus (wie Anm. 12), 446-447; Volks-Zeitung v. 23. Sept. 1888; Die Nation v. 20. Okt. 1888; Constantin Bulle: Zum Gedächtnis Kaiser Friedrichs des Dritten. Bremen 1888; Neuer Görlitzer Anzeiger v. 22. Okt. 1890, Erste Beilage.

33 Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1907, S. 450.

Bismarck darin eine hochverräterische Intrige. Er löste eine regelrechte „Treibjagd“ aus, die sich gegen den bald nicht mehr anonymen Autor, das Blatt selber und einen wachsenden Kreis angeblicher Freunde des verstorbenen Kaisers richtete. Geffcken kam in Haft; bei Roggenbach wurde eine Haussuchung durchgeführt; Stosch wurde polizeilich verhört. Zudem wandte sich der Kanzler mit einem – im Reichsanzeiger veröffentlichten – Immediatbericht zu dieser Angelegenheit an den Kaiser. In diesem bemerkenswerten Schriftstück war von Fälschung und Geheimnisverrat die Rede – aber vor allem ging es um die Herabwürdigung des verstorbenen Kaisers, dessen Wert als linksliberale Symbolfigur reduziert werden sollte. Kronprinz Friedrich Wilhelm sei so unzuverlässig gewesen, behauptete Bismarck, dass man ihm 1870/71 wichtige militärische Informationen hätte vorenthalten müssen, und er hätte – unter dem Einfluss törichter Berater – mit dem Gedanken gespielt, Preußens süddeutsche Kriegsverbündete mit Waffengewalt zu Zugeständnissen zu zwingen.³⁴

Bismarcks Angriff gegen das Andenken Friedrichs III. fiel mit einem Sieg der Regierung bei den preußischen Landtagswahlen im November 1888 zusammen. Die Linksliberalen verloren elf Sitze und kehrten mit nur 29 Abgeordneten ins neue Abgeordnetenhaus zurück, während die vereinigte Kartellfraktion sich von 267 auf 279 Mitglieder vergrößerte. Das tiefe Unbehagen, das der Kreuzzug des Kanzlers gegen den verstorbenen Kaiser selbst in Kreisen der Rechten hervorgerufen hatte, ließ sich dadurch jedoch nicht beschwichtigen. Das freikonservative „Deutsche Wochenblatt“ kritisierte, dass ein solches Vorgehen geeignet sei, „das monarchische Gefühl zu schwächen“. Der Reichstagsabgeordnete Hans Delbrück empfand angesichts des Immediatsberichts nichts als Scham: „Über dieses unselige Aktenstück“, schrieb er, „bleibt einem deutschen Patrioten nichts übrig als das Haupt zu verhüllen und zu schweigen.“³⁵ Neben dem politischen Schaden, den diese Herangehensweise verursachte und schließlich auch den jungen Kaiser beunruhigte, geriet die Attacke gegen Geffcken auch juristisch zur Blamage. Das Reichsgericht verwarf die offensichtlich politisch motivierte Anklageschrift und ordnete an, den Angeklagten sofort aus der Haft zu entlassen.

Daher fand sich auch Bismarck gezwungen, auf eine geschicktere Methode umzuschwenken, um der geschichtspolitischen Offensive der Linksliberalen zu begegnen. Es sollte genau das stattfinden, was Schrader im August 1888 vorhergesagt hatte: die Errichtung von staatlich sanktionierten Reiterstandbildern für Kaiser Friedrich und damit im weiteren Sinne die Festlegung des Gedenkens an den verstorbenen Monarchen auf eine patriotisch,

34 Gerhard E. Gründler: Bismarck auf Treibjagd. Die missglückte Strafaktion gegen Geffcken und die Deutsche Rundschau. Hamburg 2009.

35 Deutsches Wochenblatt v. 4. Oktober 1888, S. 325; Gründler: Treibjagd (wie Anm. 35), S. 18.

aber politisch ungefährliche Heldenrolle. Und diese allein, so befand der Reichskanzler, könne im Denkmal angemessen dargestellt werden. Im August 1889 stellte Bismarck nämlich in einer formalen Eingabe an den preußischen Ministerrat fest, man dürfe „die bedauerliche aber geschichtliche Tatsache“ nicht außer Acht lassen, dass Friedrich nicht in der Lage gewesen sei, als Kaiser irgendwelche Taten zu vollbringen, „welche ein Kaisermonument rechtfertigten“. Der verstorbene Kaiser verdiene sehr wohl die Dankbarkeit der Nation, doch sein Anspruch darauf leite sich nur von der Unterstützung ab, „welche er als Feldherr in den Jahren 1866 und 1870/71 Seinem Herrn Vater bei der Neubildung des Deutschen Reiches geleistet hat“. Die einzige berechnete Form eines Denkmals, schloss Bismarck seine Ausführungen, sei die „für den damaligen Kronprinzen als Feldherrn und Politiker“.³⁶ Und so sollte es auch kommen: Auf den Podesten von bald über hundert martialischen Monumenten, hoch zu Ross und in schimmernder Wehr der parteipolitischen Ausschlichtung durch die Linksliberalen des Freisinns sicher entückt, wurde Friedrich III. politisch entschärft und nahtlos in die patriotisch-staatstragende Hohenzollern-Legende eingefügt. Für Bismarck war der liberale Hohenzollernfürst damit unproblematisch geworden – wenn er auch die Enthüllung des ersten großen Kaiser-Friedrich-Denkmal 1893 in Wörth nicht mehr als Reichskanzler miterleben sollte.

Bismarcks Urteil über den zweiten Hohenzollern-Kaiser war somit vor allem eine Funktion des für ihn entscheidenden Verhältnisses zum herrschenden Monarchen sowie des Grades der Bedrohung seiner eigenen Machtstellung durch die Liberalen. Das wurde schon kurze Zeit später überdeutlich, nachdem er einige schmerzliche Erfahrungen mit Friedrichs Sohn gemacht hatte: Kaiser Friedrich „war ein echter Hohenzoller von der besten Art und den glänzendsten Fähigkeiten“, erklärte er einem Reporter des „Daily Telegraph“ im Juni 1890. „Sein Mut hatte wirklich etwas Heldenhaftes. In Bezug auf milde Höflichkeit und zarte Rücksicht gegen Diener glich er seinem edlen Vater.“³⁷ Nur 18 Monate nachdem er dessen „Schwachköpfigkeit“ gescholten hatte, hatte Wilhelm II. Bismarck allen Grund gegeben, sich Kaiser Friedrich zurückzusehen.

Aber auch die Gegenperspektive bot kaum Anlass zum Optimismus. Diese Skizze des politischen Verhältnisses zwischen Bismarck und dem „liberalen Kronprinzen“ hat betont, dass das dynastische Element – die Person des Herrschers oder künftigen Herrschers – von entscheidender Bedeutung für die politische Entwicklung Preußen-Deutschlands war: aus Sicht des Kanzlers, der die potentiell tödliche Bedrohung durch die Linksliberalen gerade in

36 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (Berlin-Dahlem). I. HA, Rep. 77, Tit. 151, Nr. 106, Bd. 1, S. 247 f.

37 Klemm: Was sagt Bismarck (wie Anm. 30), S. 438.

deren Zugang zum Thronfolger erkannte, weil sie auf diesem Wege den Staat „in Mark und Blut vergiften könnten“,³⁸ aber eben auch aus der liberalen Perspektive, und umso mehr für eine vergleichsweise elitäre Gruppe wie die linksliberale Sezession, die über keine Massenorganisation verfügte. Diese Erkenntnis lag dem von Bismarck erfolgreich zunichte gemachten Plan der „Kronprinzenpartei“ zugrunde und wurde von ihr auch offen eingestanden. „Wir geben es voll und unumwunden zu“, erklärte die sezessionistische Parteizeitung „Die Tribüne“ im Oktober 1882, „schaffen kann der Liberalismus auf dem Gebiete des Staats- und Rechtswesens Nichts, wenn es ihm nicht gelingt, das Ohr und das Herz des Königs zu gewinnen.“³⁹ Angesichts der Person eben jenes Königs und Kaisers, der 1888 auf seinen tragischen Vater folgte, gab es demnach für beide Protagonisten wenig Grund zur Hoffnung. Die Zukunft sollte weder liberal noch bismarckisch ausfallen.

38 Stenographische Berichte (Reichstag). 5. Legislaturperiode. IV. Session. Bd. 1. Berlin 1884, S. 480, 483, 501.

39 Die Tribüne v. 13. Oktober 1882.

